

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1855

27.3.1855 (No. 73)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 27. März.

Nr. 73.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzugsgebühren: die gepaltene Petitzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14 woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Karlsruhe, 25. März.

Seine Königliche Hoheit der Regent sind heute Abend von Koblenz hier zurückgekehrt.

** Aus den preussischen Kammern.

II.

Berlin, 24. März. (Schluß der Verhandlungen der Zweiten Kammer über den Militärkredit.) Die gestrige Sitzung eröffnete der Abg. v. Auerstadt (aus Ostpreußen). Er wendet sich zunächst gegen die „grundfällige Abneigung“ der Regierung und ihrer Partei in der Kammer gegen Adressen. Das habe sich früher sogar in einem Fall gezeigt, wo es sich um eine Adresse bei einem glücklichen Ereignis in der königl. Familie handelte. Halte man eine politische Meinungsäußerung, namentlich im Gegensatz zur Regierung, gefährlich? Werde die Gefahr geringer durch das Schweigen?

Die Kammer hat die Berechtigung, ihre Meinung auszusprechen; sie greift dadurch keineswegs in die Rechte der Exekutive ein. Ich enthalte mich nach der gestrigen erschöpfenden Debatte, Ihnen ein Bild der politischen Lage aufzurollen. Es handelt sich im vorliegenden Fall um eine Geldbewilligung. In dieser Beziehung liegt unser Mandat und die Verpflichtung auf, die Forderung der Regierung einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Wenn auch die Regierung, wie ich anerkennen muß, nicht in der Lage ist, zufriedenstellende Erklärungen zu geben, so hebt dies nicht unsere Pflicht, und unser Recht auf, unsere Meinung an den Stufen des Thrones niederzulegen. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine solche Eingriff in die Prerogative der Krone. Allerdings ist die Meinung über die gegenwärtige, die Welt bewegende Frage mannichfachen Äußerungen unterworfen. So muß ich als Eingeborner der Provinz Preußen dem Abg. v. Gerlach entgegenzutreten und seiner Äußerung widersprechen, daß diese Provinz durchweg russisch gefinnt sei. Es ist dies nicht der Fall. Ueberhaupt steht die Meinung des Landes in Betreff des gegenwärtigen Konflikts fest. Das Land will dem ungerathenen Angriff Russlands gegen die Türkei entgegenzutreten. Es glaubt, daß ein Zusammenwirken Preußens, Englands, Oesterreichs, und Frankreichs am besten jenen Zweck fördern könne. Das ist die Meinung des Landes, der Kern des Kommissionsberichts, und deshalb empfehle ich Ihnen den Antrag, den derselbe gestellt, nämlich den Erlaß einer Adresse.

Der Ministerpräsident schiebt die Abneigung gegen das Adresswesen der Majorität des Hauses, nicht der Regierung zu. Indessen verneint er die Zweckmäßigkeit von Adressen für das allgemeine Interesse und will die Meinung des „Landes“ nur aus dem Votum der Kammern erkennen.

Folgte der Abg. v. Bonin, dem die Resultate der Regierungspolitik sehr unangenehm vorkommen. Er sagte im Wesentlichen: Die Regierung erstrebte den Frieden. Der Krieg hat indes immer größere Dimensionen angenommen. Deutschland ist innerlich zerfallen und Preußen aus dem europäischen Konzert ausgeschieden. Die Befriedigung, die der Ministerpräsident über die von ihm erreichten Erfolge empfindet, kann ich nicht theilen. Daß wir Frieden haben, ist zwar erfreulich, ebenso daß unsere Geldmittel und unsere Armee gesichert sind. Es war aber unsere Pflicht, nicht bloß den Frieden in Preußen, sondern in Europa zu sichern. Und diesen Zweck hätten wir erreicht, wenn wir von vorn herein gegen Russland aufgetreten wären. Anstatt ihm durch unsere Nichtbetheiligung am Streit zu nützen, haben wir ihm geschadet. Der Nimbus der Allmacht Russlands ist geschwunden, seine Herrschaft in der Dänie und im Schwarzen Meere ist durch die Flotten der Allirten gebrochen. Nur die kolossalen Kassenfestungen seien noch Widerstand. Aber Bessarabien wird der Anfang des Endes sein, welches der nächste Sommer bringen wird. Ich bringe hiermit nichts Neues, wiederhole nur oft Gesagtes; aber es ist notwendig, auch Bekanntes zu wiederholen, um das Urtheil festzustellen. Wenn die Flotten der Allirten den russischen Handel und seine Macht zerstörten, glauben Sie, daß sie nicht auch gegen unsere Ostseefestungen ebenso auftreten können? Indem ich für eine Adresse stimme, will ich keinen Tadel gegen die Regierung aussprechen, sondern nur ein unumwundenes Urtheil über ihre Politik. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse ist unabsehbar. Kann sich Oesterreich mit Frankreich nicht gegen uns koaliren haben? Der passive Widerstand kann uns nichts nützen. Wir bedürfen des aktiven Muthes, und darum empfehle ich Ihnen die Adresse.

Der Ministerpräsident hat nicht das Vertrauen, daß eine energische Politik zu besseren Resultaten geführt hätte. Von der Tribüne aus sei freilich das Kritisiren nicht schwer. Die Ablehnung des Tadelns gegen die Regierung nimmt Redner nicht an. Der Abg. Wagner (früher Redakteur der „Kreuzzeitung“) unterwirft den Kommissionsbericht einer eingehenden Kritik vom Kreuzzeitungsstandpunkt aus; in welchem Ton, mag man schon daraus abnehmen, daß er mit der Behauptung begann, die Kommission habe sich mit ihrem Bericht ein testimonium paupertatis ausgestellt. Der Bericht sei ganz im Geiste des „Preuß. Wochenblattes“ gehalten, Preußen habe als casus belli immer nur das Ueberschreiten des Balkans und die Inkorporation der

Fürstenthümer betrachtet. Beide Fälle seien nicht eingetreten. Schon 1828 habe Oesterreich Russland entgegengehalten. Jetzt habe es sich über den Zustand des „kranken Mannes“ nicht getäuscht. Man habe den Aeußerungen der Westmächte zu sehr getraut und vergessen, daß es schon die Absicht Napoleons I. gewesen, Russland durch Deutschland zu stürzen und sich in Konstantinopel krönen zu lassen. Jetzt sei Russland die einzige Hoffnung der Christen im Orient, daneben dem Halbmonde die Fahnen dreier christlichen Mächte wehten. Russland habe dadurch die Sache erreicht, die es erstrebt, daher seine überraschende Nachgiebigkeit bei Friedensanerbietungen. Preußen habe Oesterreich beim Bundeden Vorsprung abgewonnen, was um so mehr in's Gewicht falle, als die kleinen deutschen Fürsten durch den Eintritt des Kaisers Nikolaus so zu sagen den Hort ihrer Selbständigkeit verloren haben. Preußen ist diese Aufgabe zugefallen. Wenn der Bericht die Lage Preußens als eine unglückliche schildert, so findet Redner darin einen „Schmerz“. Was insbesondere die „Isolirung“ anlangt, so sei man an der Spitze von 500,000 Bojonetten niemals einsam. Oesterreich wisse, daß Preußen nicht sein Vasall sei, und die Westmächte würden nun wohl eingesehen haben, wir seien nicht so dumm, als sie uns Anfangs geglaubt. Preußen sei gegen Oesterreich zu weit in der Nachgiebigkeit gegangen; dies habe auf den Vertrag vom 26. Nov. durch den Vertrag vom 2. Dez. geantwortet. Nach einer längeren politischen Digression, in welcher der Redner der Opposition häufig vorwirft, daß sie nicht wisse, ob sie Krieg oder Frieden wolle, schließt er damit, der Kammer und dem verordneten Kreditbewilligung und Ablehnung der Adresse zu empfehlen.

Der Abg. v. Hennig will dem Vorredner nicht antworten, da er mit Jemandem nicht sprechen könne, der Freiheit und Zivilisation eine Phrasen nenne, und den Kaiser von Russland für den Protektor der kleinen deutschen Fürsten erkläre. Redner seinerseits hat diesen Protektor immer im Könige von Preußen, und im russischen Kaiser nur einen „Barbarenfürsten des Auslandes“ gesehen. Er wendet sich kritisch gegen die Rede v. Gerlachs, und findet es sonderbar, daß derselbe die wohlbesetzten Tribünen für leer erkläre. Er betrachtet es als eine Beschuldigung, die Provinz Preußen russisch zu nennen. Noch aus dem siebenjährigen Kriege und von 1813 her kenne man dort die Russen. Er glaubt, v. Gerlach werde sich hüten, diese Behauptung in der Provinz selbst auszusprechen. Er habe die Politik unserer Regierung von vorn herein für verderblich erklärt. Der Ministerpräsident würde sich nicht scheuen, von unseren Erfolgen zu sprechen, wenn er etwas davon sagen könnte. Ihm folgt Graf Cieskowski und erklärt, daß er und seine Freunde sich in dieser Angelegenheit der Befriedigung und Abstimmlung enthalten werden. Am Schlusse seiner übrigens wenig verständlichen Rede erklärt er sich als Abgeordneter der polnischen Nation, und ruft das Wort aus: Dum tacet, clamant! Der Präsident rügt die Bezeichnung, die der Abgeordnete sich gegeben; er sei nicht Abgeordneter der polnischen, sondern der preussischen Nation.

Nachdem nunmehr der Schluß der Debatte angenommen war, folgte noch eine Reihe kurzer Erörterungen und persönlicher Bemerkungen, unter denen sich folgende des Abg. Sängers befand: Er lege Protest gegen die Äußerung ein, daß der Tod des russischen Kaisers vom preussischen Volke als der eines Vaters empfunden werde. Gäbe es Einzelne, die so dächten, so beklagten sie wohl nur den Tod eines Ernährers.

Das Votum ist bekannt. Auf das Verlangen der Regierung, ihr den Kredit unbedingte zu bewilligen, ist die Kammer nicht eingegangen, sondern hat ihn nur bis ans Ende des laufenden Jahres bewilligt. Die Adresse an den König wurde mit 184 gegen 117 Stimmen abgelehnt; Regierungsmajorität 67 Stimmen. Die offiziellen Forderungen hinsichtlich der Verhandlungen und ihres Resultats bis jetzt sehr schweigsam, so daß hieraus schon abzunehmen sein dürfte, daß sie mit denselben nicht besonders zufrieden sind. In der That, wer die Eigenthümlichkeit des Verfassungslebens in Preußen kennt, wer die Macht der Einwirkung zu schätzen weiß, welche die offizielle Meinung und die Meinung der „kleinen, aber mächtigen Partei“ ausüben mußte, wer nicht übersieht, daß sich in der Zweiten Kammer etwa 170 von der Regierung mehr oder minder abhängige Mitglieder befinden, wird vielleicht weder den Ton, der in den Verhandlungen vorherrschte, noch das Resultat, das sie hatten, erwartet haben. Die Opposition bestand aus der Bethmann-Hollweg'schen, der liberalistischen, und der s. g. katholischen Partei. Demokraten gibt es unseres Wissens keine in der Kammer. Die Polen enthielten sich der Abstimmung.

** Orientalische Angelegenheiten.

Seit ein paar Tagen weht in der politischen Atmosphäre ein ungemein friedlicher Wind, der seinen Ursprung in Wien hat. Ob man gleich weder eine offizielle noch überhaupt authentische Kunde über die Verhandlungen der Konferenz hat — denn die Verabredung in Bezug auf Geheimhaltung wird bis jetzt streng gehalten —, so versichern doch über-

estimmende Gerüchte, daß ihr Gang den Friedenserwartungen täglich mehr Raum biete. Wir haben schon zum öftern erörtert, daß und warum die Ausgleichung in Hinsicht auf drei von den vier in Frage stehenden Punkten (1., 2. und 4.) bei dem jetzigen Stand der Sache nicht allzu schwierig erscheine. Jetzt will man aber wissen, daß die Diplomatie auch für den dritten Punkt eine Zauberformel gefunden habe. Ihr zufolge mögen die Mauern von Sebastopol immerhin stehen bleiben, da es ja nicht so fast auf den Kriegshafen, als vielmehr auf die Kriegsflotte ankomme, die er in sich birgt. Was aber soll aus dieser werden? Hier gibt es zwei Lesarten. Nach der einen soll die russische Flotte so weit vermindert werden, daß sie ihre Gefährlichkeit für die Türkei verlieren würde. Nach der andern soll ein Kriegshafen auf türkischem Gebiet (etwa zu Sinope) als Station für eine europäische Flotte angelegt werden, die der russischen das Gleichgewicht zu halten, und das Gebiet des Sultans gegen einen russischen Seerangriff zu schützen im Stande wäre. Man würde ferner die beiderseitige Waffenruhe durch die bisher beiderseits erreichten Erfolge gewahrt ansehen: die englisch-französische durch die Schlachten an der Alma und bei Inkerman, sowie durch die tapfere Belagerung Sebastopols, die russische durch die heroische Vertheidigung der Seefeste. Fragt man nach den Urhebern dieses Ausgleichungsvorschlags, so geben die Einen zu verstehen, daß er von Oesterreich komme, welches von England unterstützt werde; die Anderen behaupten, er sei von den Westmächten ausgegangen. Offizielle französische Stimmen lassen vermuthen, daß wirklich auch Frankreich einem Frieden auf der bezeichneten Grundlage nicht abgeneigt ist.

Käme er zu Stand, so würde es keinem Zweifel unterliegen, daß die Westmächte die dritte Garantieforderung — Beschränkung der russischen Uebermacht auf dem Schwarzen Meere — in der Hauptsache erreicht hätten. Russland würde sich dazu verstehen, entweder seine Flotte auf ein gewisses Maß zu verringern, oder fremde Flottenstationen im Pontus zu dulden. In dem einen wie im andern Fall wäre die Türkei vor einem russischen Seerangriff sichergestellt. In dem zweiten Fall würde Russland eine noch größere Konzeption machen, als im ersten; die englisch-französischen und österreichischen Kriegsschiffe, die in den Stationen im Schwarzen Meer aufgestellt würden, müßten durch die Dardanellen und den Bosphorus gehen; diese Meerengen müßten ihnen sonach für immer geöffnet werden. Wer aber sie beherrscht, der beherrscht Konstantinopel und die Türkei. Würden sie wohl auch der russischen Flotte geöffnet werden? — Wir fügen schließlich wiederholt bei, daß wir es bis jetzt nur mit Gerüchten zu thun haben, aber mit solchen, die wegen ihrer großen Verbreitung ein gewisses Vertrauen verdienen.

Wien, 23. März. (Zum österreichisch-preussischen Notenstreit.) Die österreichische Regierung veröffentlicht in der „Wien. Ztg.“ ihre Noten vom 28. Febr. und 5. März nebst Beilagen, ohne Zweifel, um die Aeußerung der preussischen Regierung bezüglich der Schritte ihres Militärbevollmächtigten und Gesandten beim Bunde zu entkräften. Da wir bereits früher getreue Analysen der genannten Aktenstücke mitgetheilt haben, so können wir von dem Wortlaut derselben Umgang nehmen. Wir heben nur einige Stellen aus der Note vom 28. Febr. aus, zunächst diejenigen, in welchen sich der Kernpunkt der zwischen der preussischen und österreichischen Auffassung bestehenden Differenz und zugleich der Aufschluß darüber befindet, wo die behaupteten preussischen Vorschläge wegen Aufstellung der Bundesstruppen nur im Bundesgebiet und Armirung der Bundesfestungen ihren Ursprung finden. Es heißt in der Note:

Das kais. Kabinet war hierdurch (Vorlage des Ständesausschusses der unter F. J. M. v. Hess selbstmüthig ausgerufenen österr. Armees) veranlaßt, des Landes Erwähnung zu thun, daß der k. preussische Bevollmächtigte in der Bundes-Militärkommission den Antrag gestellt hatte, die Bundesversammlung möge beschließen, daß die Vertheilung der Kontingente innerhalb der Grenzen des deutschen Bundesgebietes stattfinden habe. Dieser Antrag hatte im Schooß der Bundesbehörden keinen Anklang gefunden und war daher in den Bundesbeschlüssen nicht übergegangen. . . .

Für v. Prolesch berichtet und nunmehr, daß, als er in der Bundestagsitzung vom 22. d. M. mit der hier in Abschrift beigefügten Erklärung den Ständesausschuss der österreichischen Operationsarmee vorlegte, der k. preussische Bundestags-Gesandte entschieden in Abrede stellte, daß der Beschluß vom 8. d. M. auf der Grundlage der Beschlüsse vom 24. Juli und vom 9. Dez. v. J. beruhe. Fr. v. Bismarck wollte den Fall der gemeinsamen Abwehr eines Angriffes auf die österreichische Monarchie oder auf die Donaufürstenthümer als gänzlich beseitigt und den Bundesbeschlüssen vom 8. Febr. als auf einer neuen Basis gefaßt betrachten, nämlich auf derjenigen der Nothwendigkeit, den immer bedrohlicher werdenden europäischen Verhältnissen eine nach allen Richtungen verwendbare Kriegsbereitschaft entgegenzustellen. Er befiel seiner Regierung vor, eine Erklärung in diesem Sinne zu Protokoll zu geben.

Ein weiteres Moment in dieser Richtung ist eine Aeußerung des Frn. v. Bismarck gegen den kais. Präsidialgesandten, wonach Preußen gelegentlich der Besatzungsfrage von Kasan die volle Kriegsbefugung für Kasan, Landau, Mainz, und Luxemburg beantragen werde, indem aus der

